

Sozialdemokratische Tageshalle

Halle und den Bezirk Wierseburg

Das "Sozialblatt" erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikations-Organ demokratischer Organisationen und antizipiert die Interessen der Arbeiterklasse. Gr. Mäckerstraße 6. Vertriebspreis Nr. 246/5, 246/7, 260/5. Vertriebspreis von 13 bis 14 Uhr. — Unentgeltlich einzuhandeln. Manuskripte sind bei den Redaktionen zu richten.

Der erste Preis beim: A 1111111!
Der zweite Preis beim: B 1111111!
Der dritte Preis beim: C 1111111!
Der vierte Preis beim: D 1111111!
Der fünfte Preis beim: E 1111111!

Bezugspreis monatlich 1,50 und 0,30 RM. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2,10 RM. für Arbeiter monatlich 0,45 RM. Vorbezugpreis 2,10 RM. durch Postboten ausgestellt 2,50 RM. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,40 RM. — Einzelhefte 15 Pf. im Voraus und 20 Pf. im Nachhinein der 10 Hefen. Hauptvertriebsstelle: Gr. Mäckerstraße 6. Fernruf 246/5, 246/7, 260/5. Postfach 20319 Erfurt.

Vorwärts für die Freiheit! Gegen Hunger und Mord

Mit der Regierung der Nazis ist dem deutschen Volk und der deutschen Nation ein Weg aufgezeigt worden, von dem wir wissen, wie er begonnen hat, von dem wir aber noch nicht wissen, wie er enden wird. Notverordnungen und Notverordnungen; weniger Brot und vermehrte Arbeitslosigkeit; vermindertes Recht und verminderte Freiheit; Ausnahmezustand; Ende des verfassungsmäßigen Volksstaates; Ende der politischen und sozialen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse. Judas Hitler hat es verlangt, v. Papen hat es gewährt, und unter dem fenehlichen Jubel der Nazisführer und der SA-Banden wird jede einzelne dieser Taten vollzogen!
Noch nicht ist Papen und seine Kumpane nicht selbst die ausübenden Organe der Macht. Vorläufig erteilen sie nur Befehle an ihre Vollzugsleute in den Seifen und an den Schreibtischen der Wilhelmstraße. Noch halten die politischen Strauchdiele und Kauffrüher hinterm Busch.
Aber sovjet-Maschinen und Maschinen dieser moderne Judas Hitler auch getragen haben mag, die letzte hatte er noch nicht gezeigt. Daß wir sie jetzt sehen, diese letzte und wehre Frage verdanken wir nicht ihm, sondern dem Zufall.

Denken, die Jugend ein Bataillon mißhandelter und ausgebeuteter Rekruten, Braune Häuser die Regierungsgebäude, SA-Stäbe ihre Inzassen: Das ist das Dritte Reich und so ist der Plan fix und fertig.
Vorüber die Herren nach dem von uns veröffentlichten Schriftwechsel streiten, das ist lediglich; wie diese Paragraphen am zweckmäßigsten zurechtgestuft werden müssen.
Hätten wir nicht die Tatsachen und Ereignisse der vergangenen Woche hinter uns, vielleicht gäbe es Menschen, die an der Echtheit der veröffentlichten Dokumente zweifeln könnten. Aber die Sprache der letzten Tage ist zu hart und wahr, als daß noch irgendeine Illusion möglich wäre. Der Terror ist da, der Ausnahmezustand ist da, die Kettenschnürungen, der Hunger der Arbeitslosen, die neuen Treffen der SA., das Ende der Demokratie, die Diktatur des Belagerungs-

zustandes, alles ist da, alles ist allumfassend, und zu was sind die Hunderte von frühen Gräbern des SA.-Mordes und des Bürgerkriegs und die Tränen, gewinkt von den Witwen und Weibern unter gemordeten Söhnen, Vätern und Brüdern?
Die Toten beklagen wir, aber die Lebenden mahnen wir! Gezählt und gewogen wird zum letztenmal am 31. Juli. An diesem Tage entscheidet sich wahrlich das Geschick der Arbeiterklasse.
An diesem Tage entscheidet sich, ob unsere Brüder umsonst gefallen oder ob sie weiterleben, in uns selbst und in der deutschen Arbeiterbewegung. An diesem Tage entscheidet sich, ob wir Spreu sind oder Weizen, ob wir Hammer sein wollen oder Ambos, freie deutsche Menschen oder rechtlose, hungernde Sklaven.
Im Namen unserer Toten, im Namen der Freiheit Vorwärts und durch!

Hitlers Zuchthauspläne Hakenkreuz ist Hungerkreuz für das ganze Volk

Kein Sozialist führt in ehemaligen zaristischen Rußland hat je die Peitsche derart über arme hilflose Gefangene geschwungen, wie es dieser Hitler und seine Horden für das Dritte Reich für die deutsche Arbeiterklasse und für das deutsche Volk planen und anfündigen. Seine Zuchthausverordnungen von Göring, von Mussolini und allen Höllen der heutigen Inzassen der Verbannenen kann so gefällig sein von Barbarei, Schreden und Hunger, so bar jeder Menschenwürde und jeder Menschlichkeit, wie jener Zuchthausstaat des Dritten Reiches, dessen Paragraphen und Verordnungen wir an Hand eines streng geheimen Dokumentes der Berliner Nazispartei veröffentlichten. Sie übertreffen in ihrer Brutalität selbst das Boshelmer Blutdokument.
Hier der Weg des Hungers und Mordes: Löhne des Jahres 1901. Den Arbeitslosen täglich 60 Pfennig Unterstützung einschließlich Frau und Kindern. Juden, Frauen und Jugend unter 18 Jahren erhalten nichts! Jugend über 18 Jahre wandert in das militärische Arbeitshaus! Verbot der Gewerkschaften und Ende des Arbeitsrechtes. Ende jeder persönlichen Freiheit, Ende der Arbeiterbewegung, Sammellager für "Arbeitsunwillige" und politische Gegner, mit Kriegsgefangenenlot, Kriegsgefangenenbehandlung und Strafkompagnent!

So lauter die Nationalsozialisten ihre Verantwortung für die Hitler-Notverordnung und für die reaktionären Anschläge gegen die Werktätigen bestritten, um so offener lassen sie ihrer arbeitgeberfeindlichen und sozialverräterischen Bestimmung freien Lauf, wenn sie unter sich sind!
Wir legen dem Volk eine programmatische Ausarbeitung vor, die aus der Gauleitung Groß-Berlin der NSDAP. stammt.
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Gau Groß-Berlin.
Berlin SW. 48, den 3. 7. 32.
Friedemannstraße 10.
Geheim!
An die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Reichsleitung
München, Brienerstr. 45.

Zu Artikel 11. Der Leistungslohn soll grundsätzlich seine Gültigkeit beanspruchen; das Existenzminimum des arbeitenden Menschen müßte aber in irgendeiner Form sichergestellt werden.
60 Pfennige!
Sozialpolitik
Zu Artikel 14. Ueber die Tatsache, daß das Recht auf Arbeitslosenunterstützung bantrott gemacht hat und mithin nicht schaffenden Bevölkerung muß mit aller Deutlichkeit klargestellt werden, daß der Gehalt der Arbeitslosen im arbeitsfähigen Sinne abgemindert ist, daß der menschliche Gang zur Trägheit nicht weiter gefördert werden darf und daß die Auswirkungen des Verfallens der Arbeitslosen und daß die Auswirkungen des Verfallens der Arbeitslosen und daß die Auswirkungen des Verfallens der Arbeitslosen...
Für Groß-Berlin müßte diese Nothilfe auf 60 Reichspfennig pro Tag und Person sichergestellt werden.
Ueber die Gewährung der Nothilfe entscheidet auf Vorschlag der Gemeinde die zuständige Sektion der NSDAP, die die nötigen Erfindungen einzusetzen hat. Juden, Jugendliche unter 18 Jahren und Frauen sind grundsätzlich vom Bezug der Nothilfe ausgeschlossen.
Zu Artikel 15. Die Gauleitung stimmt dem Entwurf, der an Stelle der Krankeisenversicherung das System der Betriebskassen

ganz Deutschland ein Zuchthaus, die deutschen Arbeiter und Angestellten ein Elia.

Wir werden Severing und unsere Führer schützen!

Das nationalsozialistische Großhaupt Rosenberg unterbreitet in „Wöchentlichen Beobachter“ der Landesregierung neue Forderungen, die sie „Antrag auf Seila“ durchzuführen müsse. U. a. wird verlangt, daß der Ministerialdirektor Krausner im preussischen Innenministerium, ein Zentrumsmann, sofort dazugezogen wird.
Gegen Severing geht er ganze Schmutzkübel glühenden Hasses aus und scheidet zum Schluß: „Severing wird nicht wenig Schicksalsgenossen haben, wenn er nun seinen Weg in eine mehr als ungeheuerliche Zukunft antritt. Ein Rattenhohn von Strafprozessen wird bald den Schicksal von Dingen wegweisen, die unter seiner Zuhilfenahme, in auf seine Verantwortung geschoben sind. Die Beschädigung der Interessen ist unersetzlich über diesen Hauptschuldigen kann aber nur noch eine Frage von Tagen sein. Die große Klerikalisierung aber kommt erst nach. Sie wird das Christentum zuspanden machen, das man die Wesen laufen läßt. Wir werden sie genau so hängen wie die Myriaden der Kleinen, die von der Korruption des Systems lebten.“

Löhne vom Jahre 1900

Wirtschaftspolitik
Zu Artikel 9. Die Durchführung des gesamten Lohn- und Gehaltsindex aus den Stand der Jahrhundertwende, wie sie das Programm vorseht, ist notwendig, wird aber nur bei entsprechender Senkung der gesamten Lebenshaltungskosten durchgeführt werden können. Unersetzlich würde eine so einschneidende Lohnsenkung sein, wenn diese, wie geplant, bis Mitte September um 10 Proz. herabgesetzt, Löhne und Gehälter aber im Durchschnitt um 25 Proz. getriggert würden. Am übrigen wird es im autoritären Wirtschaftssystem vor allem darauf ankommen, dem schaffenden Volk die Kraft und die Stirne die Unermüdbarkeit einer rigorosen Lohnsenkung überzeugend vor Augen zu führen. Daran ist ja im letzten Grunde das System Brüning gescheitert: daß es dem Volk immer neue Lasten aufbürdete, ohne ihm ihre Notwendigkeit glaubhaft zu machen.

Die Gauleitung stimmt dem Entwurf, der an Stelle der Krankeisenversicherung das System der Betriebskassen

seht, grundsätzlich zu, um so mehr, als mit Eiderheit anzunehmen ist, daß die Unternehmungen dadurch liquider werden und neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Zur Milderung der Gauleitung um die Gefahr von Verlusten der eingezahlten Spargebühren nach Möglichkeit auszuscheiden, entsprechend vorzuschlagen, daß über Anlage und Verwendung der Gelder den Nationalen Gewerkschaften eine gewisse Kontrolle zugefunden wird.

Beamtenabbau!

Zu Artikel 18. Dem Vorhaben, das bestehende Beamtenrecht aufzugeben und die Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten dem allgemeinen Arbeitsrecht überzugeben, wird zugestimmt! Nur wird empfohlen, die Überführung der öffentlichen Beamten in das Angestelltenverhältnis

besteht nach der Dauer der Dienstzeit des einzelnen Beamten vorzunehmen, d. h. mit entsprechend elastischen Kündigungsfristen und im Falle der Dienstentlassung unter Gewährung von Abtritt- bzw. Liebergangsgeld je nach der Anzahl der Dienstjahre. Daß die Parteibeamteten davon ausgenommen werden sollen, ist an sich richtig; nur wird die Definition dieses Begriffes in vielen Fällen schwierig sein. Es wird empfohlen, auf Grund der von der zuständigen Verwaltungsbehörde eingereichten Personalkarten in der Gewählung die Entlassung zu treffen, die gegebenenfalls nach Anhörung der Reichsleitung abgeändert werden kann. Nach zwölfjähriger erfolgreicher Dienstzeit kann dauernde Einstellung erfolgen.

Für die richterlichen Beamten wird eine Ausnahme vorgezogen. Es bleiben hinsichtlich lebenslänglicher und unföhrbar angestellter. Nur wird durch die Reihenordnung dieser Grundlag für die Dauer von sechs Monaten aufgehoben, innerhalb deren eine Aushebung des Richterpersonals erfolgt.

Da nach Schlußnahme unsere Sachverständigen etwas

75 Proz. der Richter zum mindesten mit den Grundsätzen der NSDAP. sympathisieren,

werden etwa 25 Proz. des Bestandes auszuscheiden sein. Ungefähr das gleiche Verhältnis besteht bei den meisten Verwaltungsstellen. Insgesamt wird sich ein Personalabbau von mindestens 30 Proz. verdinglos vollziehen lassen.

Weitere Kapitel des Dokuments behandeln das geplante Verbot der Gewerkschaften, die Unterdrückung der gesamten republikanischen Presse und die Verfolgung von Personen, die in den Augen der Führer verdächtig sind.

Italien ist das Vorbild! In keinem anderen Lande der Welt aber sind Beamte, Angestellte und Arbeiter so getuschelt und so miserabel behandelt wie in Italien!

Severing im Rundfunk

Am Sonntag vor der Wahl spricht Carl Severing im Rundfunk.
In der letzten Woche vor der Wahl werden im Rundfunk Vertreter der politischen Parteien zu den Rundfunkführern sprechen. Die Reihenfolge der Redner ist nach der Stärke der Parteien bestimmt. Dem Anfang macht am Montag der Christlichsozialistische Volksdienst, ihm folgen das Landvolk, die Staatspartei, die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen, das Zentrum, die Nationalsozialisten und die Sozialdemokratische Partei. Für die Sozialdemokratische Partei war Otto Weis als Redner vorgezogen. Otto Weis hat Carl Severing jedoch gebeten, für ihn die Rundfunkrede zu übernehmen. Severing hat sich dazu bereit erklärt. Er spricht am 30. Juli von 19.00 bis 19.25 Uhr. Die Rede wird über den Deutschlandfunk gesendet und auf alle Sender übertragen.

Papen vor dem Ueberwachungs Ausschuss

Der Kanzler wird gezwungen, die Rechte der Volksvertretung anzuerkennen

Der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, der am Freitagmorgen im Reichstag verhandelt wurde, hat sich am Montagmorgen 3 Uhr verabschiedet, nachdem der Reichskanzler v. Papen die Zugabe gegeben hatte, entsprechend der Aufforderung des Ausschusses an beider Sitzung zu erscheinen. Der Ausschuss hat seinen Verhandlungen die Nationalsozialisten und ihre getreuen Gefolgsleute nicht teilgenommen, hat zunächst einstimmig bei Stimmengleichheit des Abgeordneten von Hindenburg die Ständepunkt betreten, daß die Sitzung ordnungsgemäß einzuberufen war. Der Ausschuss hat damit zugleich die Gebotsgewalt der bisherigen Reichsregierungen Strafrechtlich geurteilt.

Bevor in die öffentlichen Verhandlungen eingetreten wurde, sprach der Ausschuss — vorher gegen die Stimme des Herrn v. Papen — den Reichskanzler, den Reichsminister des Innern und den Reichsminister für Arbeit und Wohlfahrt an, sich in einem merkwürdigen Sinn und Her. Es dauerte längere Zeit, bis ein Entwurf des Reichskanzlers, auf den es natürlich in erster Linie ankam, erging. Es wurde dann in Gestalt eines Briefes an den Reichspräsidenten abgegeben. In diesem Schreiben hieß es, daß die Mitglieder der Reichsregierung bereit seien, sich an den Beratungen insofern zu beteiligen, als der Gegenstand der Beratungen sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Ausschusses befände. Die Unterfertigung einer solchen Erklärung entspricht weder der Sachlage noch der Verfassung. Der Ausschuss

lehnte es dementsprechend sofort — wiederum einstimmig — ab, der Reichsregierung das Zugeständnis zu machen, ihr Geschehen und Bedingungen abhängig zu machen. Neue Verhandlungen mit der Reichsregierung mit dem Ergebnis, daß Herr v. Papen erklären ließ, er werde zu dem festgesetzten Termin am Montag erscheinen, ohne Bedingungen zu stellen.

Die Sozialdemokratie ließ durch den Abgeordneten Dreißigfeld erklären, daß sie ihrerseits an der Zuständigkeit des Ausschusses, sowohl auf den Reichstag als vorauszusetzen sei, das heißt also, daß nach ihrer Meinung eine Verfassungsreaktion vorliegt, wenn die Regierung einem sich auf den Reichstag zu berufenden Verlangen nicht entspreche. Reichstag dürfte sich auch der Abgeordnete Pflieger von der Bayerischen Volkspartei. Der wie er auch sei, jedenfalls hat der Reichskanzler sich zunächst dem Beschluß des Ausschusses unterworfen, und er ist bereit, ohne Bedingungen an seinen Verhandlungen teilzunehmen.

Was den Meinungswechsel des Herrn von Papen herbeiführt hat, mag dahingestellt sein. Jedenfalls bedeutet sein Verhalten, daß er sich die verfassungsmäßigen Auslegungsfunktionen der Nationalsozialisten nicht zu eigen macht und daß er seine Pflicht anerkennt, vor dem Ausschuss zu erscheinen. Damit ist keineswegs ein besonderes Lob für den Reichskanzler ausgesprochen: er handelt diesmal so, wie es die Verfassung vorschreibt. Der Ausschuss selber hat sich das Verdienst erworben, den Mann an der Spitze der Reichsregierung nachdrücklich und mit Erfolg an seine Pflicht erinnert zu haben.

Abwehr des Zentrums

Scharf gegen Papens Maßnahmen

Der Geschäftsführende Vorstand der Deutschen Zentrumspartei hat am Freitag die inzwißlichen von uns veröffentlichte Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden gegen die Gewalttätigkeit der Papen-Regierung in Preußen gebilligt.

In der Entschiedenheit des Vorstandes heißt es nach jeder Billigung weiter: „Das Vorgehen der Reichsregierung gegenüber dem Zentrum hat im heutigen Maße Situationskritik unterzogen, Rechtslosigkeit im Lande erschaffen und damit unüberwindliche Voraussetzungen einer ruhigen Entschloßung auf das schwerste bereitgestellt.“

In veranlassungsbezogener Wahrung verfassungsmäßiger Grundlagen im Reich und in den Ländern, in tiefer Sorge um die Erhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung, protestiert die Deutsche Zentrumspartei in aller Entschiedenheit gegen Maßnahmen, die von parteiellen Einflüssen und nicht von sachlichen Notwendigkeiten diktiert sind. Die folgenreicheren Wirkungen für das nationale und soziale Zusammenleben in unserem Vaterland und die heutige Stellung in der Welt zeigen sich bereits auf weite Sicht hin ab.

Die Deutsche Zentrumspartei wird darum nicht aufhören, Verwahrung einzulegen gegen eine Politik, die sie als verwerflich bezeichnen muß, weil sie Land und Volk, statt aus Not herauszuführen zu dauernder Not und Verfall verurteilt.

Der 31. Juli wird dem deutschen Volk Gelegenheit geben, zu betonen, daß es Politik will und nicht Abenteurer, daß es eine sachliche, Recht und bürgerliche Freiheit liebende, auf das Wohl des gesamten Volkes gerichtete Staatspolitik und frugwürdige Experimente ablehnt.“

Hitler fürchtet das Volk

Es wird am 31. Juli mit ihm abrechnen

Die sächsische Stadt Waidenburg besitzt einen sozialdemokratischen Ratspräsidenten, auf dessen gewalttätige Amtsenthebung die Nazis sehr eifrig waren. Am Donnerstagabend brachte auch ihm der Postbote ein Staatstelegramm aus Berlin. In ihm verfügte aber der Herr „Reichsstatthalter“ nicht seine Absetzung, sondern besondere Sicherheitsmaßnahmen für das Leben und die Gesundheit Adolf Hitlers, der am Freitag in Waidenburg eine Rede hielt. Hitler unter dem postklingelnden Schutz eines vaterländischen Heßlers. Ein Bild für die Wälder.

Und warum die eilige Mahnung aus Berlin? Weil Hitler Angst hat vor dem ihm gemeldeten hartnäckigen Unwillen der Waidenburger Arbeitssleute gegen den Oberst und seine braunen Horden ob ihres Arbeiterrates!

Verurteilter Nazi-Mörder

Vor dem Schwurgericht Schneidemühl wurde der Mörder Karl Schmidt aus Stegers (Kreis Schlochau) wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Demenstnahme ergab, daß Schmidt einen Konturenrennen, den sächsischen Mörder hupp, eines Abends hinterhältig überfallen und niedererschlugen hat. Hupp erlitt eine Gehirnerkrankung, an der er nach kurzer Zeit verstarb. Schmidt hatte kein Opfer bereits seit längerer Zeit aus Konturenrennen mit sich verurteilt.

Als die Mithras des Verstorbenen Streifenrag wegen des Verbrechens gestellt hatte, weigerte sich das Gericht in Schlochau einzugreifen, weil angeblich „sein öffentliches Interesse“ vorliege. Erst nachdem die Presse den aufsehenerregenden Fall behandelt hatte, leitete der Staatsanwalt die Ermittlungen ein. Der Verteidiger des Angeklagten, ein nationalsozialistischer Rechtsanwalt aus Jlabon, verfuhr den Vorgang auf das politische Gebiet zu schieben, offenbar um den Angeklagten später unter die Amnestie bringen zu können. Das Gericht aber lehnte diese Motive ab.

Aus der Schutzhaft entlassen

Die Untersuchung über den Fall Heimannberg.
Berlin, den 22. Juli. (M.B.)
Der Militärbefehlshaber für Großberlin und Provinz Brandenburg teilt mit:
Aus Kreisen der Schutzpolizei war dem Militärbefehlshaber am 21. Juli 1932 dienstlich gemeldet worden, daß der Polizeimajor Ende im Einvernehmen mit Polizeikommandeur Heimannberg und Herrn Carlberg die Wiedereröffnung des Polizeikommandeurs Heimannberg in sein bisheriges Amt auf gegenseitigem Wege betriebe.
Auf Grund dieser Anzeige wurden die drei Genannten am frühen Morgen des 22. Juli in Schutzhaft genommen.
Die Untersuchung, die sich über den 22. Juli hingezogen hat, hat ergeben:

Die Ermittlungen gegen den Polizeimajor Ende geben Anlaß zur Einleitung einer strafrechtlichen Verfolgung. Er verbleibt in Schutzhaft.
Dem Polizeikommandeur Heimannberg konnte die Teilnahme an den Verbrechen des Polizeimajors Ende nicht nachgewiesen werden. Polizeikommandeur Heimannberg hat betont, daß er solche Verbrechen unter allen Umständen ablehnen würde.
Der gegen Herrn Carlberg bestehende Verdacht hat sich nicht anscheinend bestätigt.
Die beiden Polizeigenannten wurden aus der Schutzhaft entlassen.

Bracht regiert weiter

Die letzten Preussenminister gewaltlos entsetzt
Die preussischen Minister Schreiber, Steiger und Gimmie wurden am Donnerstagabend von dem als Innenminister fungierenden Offener Oberbürgermeister Dr. Bracht aufgefodert, ihre Diensträume zu verlassen und Amtshandlungen nicht mehr vorzunehmen. Im anderen Fall werde man ihnen mit Gewalt entgegenzutreten. Die Minister haben daraufhin unter Protest und mit einer scharfen Erklärung, in der sie betonen, daß sie die Verfassungsmäßigkeit ihrer Amtssetzung nicht anerkennen, der Aufforderung des Herrn von Papen Folge geleistet. Den stellvertretenden preussischen Ministerpräsidenten Dr. Hirtfelder beauftragt Herr Bracht heute auszusuchen, und ihn ebenfalls unter Androhung von Gewalt zur Entlassung aus seinem Amte aufzufordern.
Die Staatssekretäre Dr. Staudinger und Dr. Krüger haben der Aufforderung Brachts, ihre Diensträume zu verlassen, ebenfalls nur unter Protest Folge geleistet.

Die „Völkische Zeitung“ schreibt zu den Gewalttäten der gegenwärtigen Gewaltübernahme folgendes: „Die ganze Maßnahme stellt alles in den Schatten, was je in der Geschichte der preussischen Beamtenhaft je zugefallen hat. Nie bisher ist ein Staatssekretär verhaftet worden, ohne daß ein Mißbehagen vorlag. Nie bisher ist eine solche Mißbehaltung von Ministern mit einem Schläge ihrer Leiter beauftragt worden. Schon jetzt ist festgestellt, daß gerade unter den alten Beamten die Weibste, Männer, an deren persönlicher Unbedingtheit und fähiger Eignung kein Zweifel besteht, aus dem Amt zu entfernen, scheinbar Bedenken gesetzt hat, und daß hierdurch die negative Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit unter Aufhebung der dienstlichen Qualifikation eine Politisierung herbeizuführen wird, die man doch eigentlich wohl vermeiden müssen will.“

Einig und einmütig!

Die Beschlüsse der Partei
Zu den Beschlüssen der Partei, die in den letzten Tagen hier veröffentlicht wurden, ist — gegenüber irreführenden Berichten in bürgerlichen Blättern — noch festzustellen, daß die Beschlussfassung in voller Einigkeit und Einmütigkeit erfolgte. Der gestern hier wiedergegebene Parteibeschluss wurde zunächst vom Parteivorstand einmütig genehmigt, dann vom Parteiaussschuss nach einem Referat von Otto Weis ohne Debatte einstimmig angenommen, worauf auf der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags ebenso einstimmig seinen Beitritt zu dem Beschluss erklärte.

Sie gratulieren

Die in dem rechtsradikalen Offiziersverband zusammengeschlossenen abgetretenen Generale und sonstigen Personale der Republik haben die Republik der Nazis barone zu ihrem Gewaltakt gegen das verfassungsmäßige preussische Kabinett telegraphisch beglückwünscht. Die Herren wittern Morgenluft.

Nach dem Willen der Kommunisten

Zus Kassel wird gemeldet, daß, als dort in einer kommunalistischen Versammlung die Verfassung des Berliner Polizeipräsidenten Geyssler und seiner ersten Mitarbeiter gemeldet wurde, sich ein gewaltiger Beifallssturm erhob. Erhaben wird Herr Papen weiter behaupten, daß die preussische Regierung bzw. ihre Vollzugsorgane bisher enge Fühlungnahme zu den Kommunisten unterhielten.

Endgültig bei Hitler gelandet

Der Rundfunkreferent im Reichsministerium des Innern, Ministerialrat Scholz, ist inzwischen zu Hitler übergegangen. Er gehört jetzt offiziell der Partei des Hungers, Wortes und Totenschlages an.

Der Militärbefehlshaber von Berlin und Brandenburg hat das „Nacht- und Nebelblatt“ auf vier Tage verboten. Das Blatt hatte sich eine Karikatur über Herrn von Papen erlaubt, in der wir wieder eine böswillige Beschuldigung dieses Herrn nach eine Gefährdung lebenswichtiger Interessen des Staates erblicken können. Aber die Herrschaften haben ja die Macht!

Gefängnis für die Luther-Attentäter

Stimpflich davongekommen

Das Schöffengericht Berlin-Mitte fällt am Freitag in dem Prozeß gegen die beiden Angeklagten, die am Abend des 8. April d. J. auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin das Revolverattentat gegen den Reichspräsidenten Luther ausgeführt haben, folgendes Urteil: Dr. Max Roosen, der geflüchtete Leiter der Aktion, wird mit 10 Monaten Gefängnis und Carlwiel Kerstner mit 2 Monaten 2 Wochen Gefängnis bestraft. Die Beurteilung der Angeklagten erfolgt „wegen gemeinschaftlicher geflüchteter Körperverletzung in Tateinheit mit Vergehen gegen § 8 der Notverordnung, gegen politische Ausrichtungen vom 28. März und wegen Schußwaffenvergehens“. 1

In der Urteilsbegründung erklärt Landgerichtsdirektor Major, die Verhandlung hätte erwiesen, daß die Angeklagten nicht einen Anschlag auf das Leben des Reichspräsidenten planten. Sie wollten Dr. Luther nur leicht verletzen. Erwiesen sei auch, daß die Angeklagten weder persönliche Vorteile verfolgt noch aus Sentimentalität gehandelt hätten. Die Angeklagten hätten an ihre Idee geklebt; die Währungsreform der Reichsbank sei falsch und für das heutige Volk ein Unglück. Da die Angeklagten mit ihrer Meinung Recht hätten — darüber könne und sollte das Gericht kein Urteil abgeben. Die Angeklagten wollten sich Gehör verschaffen — in der Wahl ihrer Mittel aber hätten sie geirrt und sich strafbar gemacht, was sich jeder strafbar mache, der mit gewaltigen Mitteln kämpft.

Abgeordneter niedergeschlagen

Nazihorden überfallen in Gegenwart der Landjäger den Genossen Jaeger-Ostpreußen

Rüdigersberg, 22. Aufl. (Eigenbericht.)

Am Mittwochabend hielt die Sozialdemokratische Partei eine stark besuchte Versammlung in der Turnhalle zu Reidenburg ab. Referent war Reichstagsabgeordneter Karl Jaeger, Gauleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes.

Nur vor Beginn der Versammlung durchsuchte der überwachende Landjägerhauptmann Brandstätter die Versammlungsteilnehmer nach Waffen.

Er durchsuchte aber nicht die draußen vor dem Versammlungsort in großer Menge johlenden Hakenkreuzler, obwohl der Referent ihn dazu aufforderte.

Nach Schluß der Versammlung begaben sich Jaeger und 30 Mann Sozialist, die mit ihm gekommen waren, zu dem außerhalb der Stadt wartenden Gattströmwagen. Der Landjägerhauptmann Brandstätter und drei Landjäger begleiteten Jaeger, der an der Spitze des kleinen Zuges ging. Brandstätter lehnte es ab, einen Weg zu nehmen, der nicht über den Marktplatz geht. Er führte vielmehr

Jaeger und seine Begleiter über den Marktplatz, wo mehrere Hundert johlende Nazis standen. Auf einmal erlöste der Ruf:

„Den Jaeger hängen wir doch noch!“

und schon stürzte sich eine Rote Hakenkreuzler auf Jaeger, der neben Brandstätter und den Landjägern ging, und schlugen von hinten mit Teufelskräften auf Jaeger ein, der sofort aus zahlreichen Kopfschüssen stark blutete.

Abg. Jaeger mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Er hat neben zahlreichen Verletzungen eine Gehirnerschütterung erlitten.

Der Landjägerhauptmann hat nicht nur Jaeger nicht vor den Aktenakten geschützt, sondern auch nichts unternommen, um diese festzusetzen.

Er hat im Gegenteil den Referenten über einen Pfah geführt, von dem er wissen mußte, daß dort die Terrorbanden warteten. Diese konnten nicht durch Jaeger provoziert sein, da sie gar nicht in der Versammlung gewesen waren.

Es ist anzunehmen, daß hier ein Racheakt vorliegt, daß die Sozialdemokratische Partei gegen den Landjägerhauptmann Brandstätter sehr starke Borwürfe wegen seines Verhaltens im Königsberger Prozeß Reinholz erhoben hat.

Moskauer Rundfunk und KPD.

Gegen kommunistische Verrätheiten?

Der Moskauer Rundfunk schiederte am Mittwoch und Donnerstag in der ausführlichsten Form seinen Hören die Berliner Ereignisse. Zur Verhärthung des Volkspräsidenten Grefsinsti wurde ein Kommentar gegeben, der in krafftestem Oegenlag zu den Tönen der Berliner Kommunistenpresse stand. Der Moskauer Redner zitierte einige Stellen aus dem ersten Flugblatt des „Borwärts“ und betonte die historische Bedeutung des Kampfes gegen die Bapen-Regierung, der jetzt mit voller Kraft eingeleitet habe. Angriffe auf Grefsinsti, wie sie die Berliner Kommunisten verübt haben, waren in Moskau gar nicht zu hören, und das kommunistische Flugblatt, das zum Generalkampf aufforderte, ist im Moskauer Rundfunk gar nicht erwähnt worden.

Safenschmuggler

Alkohol, Waffen, Raufgifte, Kaffee / Die „Reise“ nach Deutschland / Der verdächtige Möb'wacen

Der Hamburger Zollabhandlungsbehörde gelang die Aufdeckung eines riesigen Kaffeeschmuggels. Acht Personen wurden verhaftet. Die Bande hat seit Oktober vorigen Jahres 1700 Zentner Kaffee geschmuggelt.

Schmuggel ist seit Jahrzehnten ein abenteuerreiches und lohnendes Gewerbe. Die Schmuggelschiffe haben im Laufe der Zeit oft ihren „Inhalt“ gewechselt, gerübt haben sie nie. Einst schmuggelte man Schokolade und weiße Stoffen nach Westindien, heute jedoch Schmuggeln der Schmuggelschiffe sichelten die Welt. Jedes Jahrtausend hatte seine besondere Gela an verschiedenen Schmuggelarten. Einfuhrzölle, Zollgrenzen und andere Importhindernisse steigerten den Binnenpreis der Waren so stark, daß sich zum Antrieb der Schmuggler wurden, sich mit dem Risiko der verbotenen und „schlechten“ Einfuhr zu begeben. Immer, wo Zollmauern sich auf der Erde erhoben, tobte auch der Schmugglerkrieg.

In unserem trübseligsten Jahrzehnt sind vor allem vier Artikel im internationalen organisierten Schmuggel begütert: Alkohol, Waffen, Raufgifte und Kaffee. Alles Artikel, die auf Schiffen gut verpackt werden können und die weite Reisen lohnen. Am großartigsten ist der Schmuggel in Waffen und Alkohol. Er verdient über eine außerordentlich gut funktionierende Weltorganisation über eine große Zahl gehorteter Schiffe und eigene Flotten Alkohol- und Waffenschmuggel im großen betreiben, sind stets lohnende Geschäfte, da sie selbst bei hohen Verlusten durch die Zollpolizei noch hohe Gewinne abwerfen.

Schwieriger und gefährlicher ist der Raufgiff- und Kaffeeschmuggel. Ihre Absatzgebiete sind enger umgrenzt; bei den Raufgiffen ist sogar die Herstellung verboten. Beim Kaffeeschmuggel liegen die Schwierigkeiten in der Einzelheit der Versteigerung und in der Proportion des zu schmuggenden Materials. Es sind außerordentlich umfangreiche Schmuggelaktionen erforderlich, wenn das Geschäft lohnen soll.

Ist die entscheidende Richtung des Waffen- und Alkoholschmuggels Ostasien und Amerika, so hat der Kaffeeschmuggel seinen Schwerpunkt in Europa, in den nicht Kaffee produzierenden Ländern. Diese Länder, voran Deutschland, haben durch hohe Einfuhrzölle einen Inlandstapelpreis geschaffen, der für die Schmuggler die weite Reise von Amerika nach Europa nutzbringend macht. Deutschland ist gegenwärtig einer der Hauptangriffspunkte des internationalen Kaffeeschmuggels. Der Rohkaffee wird in Südamerika oder auf den Antillen eingekauft. Die Schmuggler erwerben dort ganze Schiffsladungen zu äußerst niedrigen Preisen, denn die südamerikanischen Häfen sind durch die Leberproduktion an Rohkaffee verstopft, allein in den brasilianischen Häfen lagern vier Millionen Zentner Rohkaffee alter Ernte.

An der europäischen Küste hat der Kaffeeschmuggel zweierlei Formen angenommen. Einmal hat sich der direkte Schmuggel ausgebildet, der an der Seezunge vor sich geht, wo die Leberkaffee ihre Ladungen in Abwesenheit der Zolltruppen ausstoßen und durch unverdächtige, der Zollkontrolle nicht unterliegende Fahrzeuge an Land bringen lassen. Zum anderen aber gibt es noch den weit schwierigeren, aber lohnenderen Schmuggel in den Häfen.

Die Kaffeeschiffe laufen direkt den Westküsten ab. An der Freiheitzunge, die jeder Hafen besitzen muß, um den vollstetigen Umschlag der Waren zu ermöglichen, sind Schiffsanlagen zu gestalten, ist dann der eigentliche Raum, in dem sich der Kaffeeschmuggel vollzieht. Meist geht der Schmuggel so vor sich, daß die Kaffeeschiffe irgendwelche Güter aus dem Binnenlande übernehmen und in den Fahrzeugen, die die Güter an das Schiff oder an den Viegeplatz heranziehen und die eigentlich erst wieder nach dem Binnenhafen zurückkehren, wird dann der zu schmuggelnde Kaffee vom Schiff, direkt durch die Zollgrenze hindurch, an Land gebracht. Die, zum Schmuggel bestimmten Fahrzeuge: Autos, Barkassen, Reisker u.ä. haben besonders eingebaut, verborgene Kabinräume, groß genug, um einige Zentner Kaffee mit aus der Zollzone zu nehmen. Im Falle der jetzt in Hamburg verhafteten Schmugglerbande benutzte man einen Möb'wacen von besonders großem Format, der durch eine Zwischenwand so im Innern abgedeckt worden war, daß er auch dann, wenn er leer fuhr, den Zollbehörden nicht auffiel; hinter der Zwischenwand waren zehn Zentner Kaffee versteckt.

Auch die Führer der Zolltruppen und die Zollfahndungsdienst der Barkassen eignen sich für die Schmugglerarbeit sehr gut und es geht schon ein sehr geringer Leberwachdienst dazu, um solchen Schmugglern auf die Spur zu kommen.

Im dem einen Falle, da es gelang Kaffeeschmuggler aufzuspüren, waren in ganz kurzer Zeit über hunderttausend Mark an Böllen verbient worden. Wir gehen aber nicht fehl, wenn wir bei dem heutigen Kaffeezoll in Europa annehmen, daß alljährlich beim Kaffeeschmuggel Millionen an Böllen verbient werden, die nicht entrichtet wurden. Der Schmuggel kann nicht erfolgreich betätigt werden, er ist eine fast selbstverständliche, wenn auch ins Kriminalische gehende Welterorganisation gegen die Zollmauern und gegen einseitige Einfuhrzölle. So lange es eben Zollmauern gibt, die hoch genug sind, um jedes Risiko, auch das von Wrenfahndungen zu tragen, nicht der Schmuggler immer bleiben. Meistern noch mit der leuchtenden Wäre Krebstaff, heute mit Waffen, Raufgiffen und Kaffee. Der See schmuggel ist nicht als eine grösste Fortsetzung eines unerlöschlichen Konkurrenzkampfes, der der kapitalistischen Warenwirtschaft in diesen Stadium abzuwart ist.

Berlin unterm Ausnahmestand

Drei Pfeile treffen die Verräter / Spiegelbild der Zeit bei Gericht

Berlin hat ein neues Gesicht. Der von den Vorkriegs-Regierung verhängte Belagerungszustand hat die Republikaner in den Zustand der höchsten Kampfbereitschaft versetzt. Jeder bewußte Kämpfer für den Staat trägt das blühende Zeichen der drei Pfeile. Die drei Pfeile leuchten weiß von den überall lebenden roten Fahnen. Und überall erlöste es: „Freiheit!“ Der Gruch ist ein Selbstbild. Die eroberte Hand ballt sich zur Faust. Die Faust spricht eine eindeutige Sprache. Das Will von Berlin ist nicht gewillt, sich der Diktatur Hitler zu unterwerfen.

Das „Opfer“

Die Diktatur Hitlers ist die Herrschaft der Verleumdung. Am Donnerstagmorgen erhielten die Jüdder im Belagerungsprozeß Weiß-Roof vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte einen bezeichnenden Anshauungsunterricht. Roof ist jener Chaufer, der sich die von der nationalsozialistischen Landtagsfraktion in einem Antrag vorgebrachte Verleumdung gegen die Frau des Polizeipräsidenten Dr. Weiß zu eigen gemacht und öffentlich verbreitet hat. Der Straf-antrag gegen Roof wurde vom Referenten zurückgezogen, nachdem der heane Raof Roof einsehen mußte, daß an der schmuggigen Verleumdung auch nicht ein mactras Wort ist.

Der angeklagte sprach sein Bedauern aus — nachdem er vorher noch viel schärfer bedauert hatte, daß die nationalsozialistischen Zeugen (die Bürgermeister Rube, Freisler, Hintzer) auf deren Wahrheitsbeweis er sich verlassen hatte, überhaupt nicht erschienen waren.

Resigniert meinte Roof: „Ich habe gedacht, die Abgeordneten werden doch so etwas von den Beziehungen von der Frau Weiß zu Roofjaner nicht in einem Antrag behaupten, wenn da nicht etwas Wahres dran ist. Jetzt habe ich allerdings den Eindruck, daß ich ein Opfer geworden bin. . .“

Die im Zuschauerraum anwesenden Nazis hatten den gleichen Eindruck. Bedrückt saßen sie von dannen.

Rube gegen Freisler

In dieser Verhandlung erfuhr man noch eine andere interessante Tatsache. In dem außergewöhnlich demot abgefaßten Entschuldigungsbrief des Nazibehörden Rube distanziert sich der preußische Fraktionsvorsitzende der Nazis in scharfster und deutlicher Weise von seinen Fraktionskollegen Freisler, der, wenigstens nach der Darlegung Rubes, den bewußten Antrag ohne Wissen der Fraktion gestellt zu haben scheint. Herr Freisler ist also derjenige, der den Verdacht gestiftet und ausgebreitet hat. Herr Freisler hat die Verleumdung nicht zurückgenommen. Das Wort „Schneidener“ wird in Zukunft in der deutschen Sprache mit dem Worte Freisler identisch sein. Die Deffinitheit aber fragt sich: was ist von einer politischen Partei zu halten, die einen Verleis-Freisler ins Parlament und in die Front der politischen Agitation schickt?

Nationalsozialistische Innenpolitik

Die Verhandlung ist zu Ende. Vor dem Gericht bestimmen nationalsozialistische Flugblattverteiler ihre Freunde, um den Ausgang zu erfahren. Ihre Gefährter werden lang und länger: sie halten sich das nach den Vorgängen des Mittwochso noch vorgeteilt, daß Weiß aus dem Zuschauer vorgelassen und nun gleich an den Weigen weitergeleitet wird. Sie öffnen das einzige Ventil, das ihnen zur Verfügung steht, wenn sie mühselig sind: sie schreien „Heil Hitler“ und lassen wütende Drohungen aus. Dann gehen sie, das Bild der „Erneuerer“ rundet sich meistens so ab, ihren Rummer in einer Wölle ertränken.

Auskünfte der Polizei

Am Alexanderplatz ist es äußerlich ruhig. Am Polizeipräsidentium giltern die Ereignisse des Mittwochso noch nach: an eine ruhige Fortführung der Arbeit ist noch nicht zu denken; zu plötzlich hat man den Beamten ihre bisherigen Uebel, zu denen sie großes Vertrauen hatten und deren Verschuldung und Kapitalität sie rühmen, „entführt“. Die Polizeibeamten haben aus ihrer Anhänglichkeit kein Hehl gemacht: beim Abtransport von Grefsinsti, Weiß und Heimannsberg erlösten Hoch- und Freibekrufe. Anwohner hat sich der neue Herr Dr. Weider aus Offen der Presse vorgestellt. Er stemmte das Monokel ins Auge und las eine allgemeine Erklärung herunter: er beachtliche, seine Geschäfte „als Diener der Gesamtheit, ohne Ansehen der Person, nach Recht und Gerechtigkeit“ zu führen. Weitere Auskünfte wurden nicht gegeben, da ja die Polizei zur Zeit einem Reichsmehrgang unterliegt. Während der Verleisbesprechung ließ auch eine recht deutliche Auskunft unten ein: ein Polizeigeld, vollzieht mit jungen Weuten, Flugblattverteiler der Kommunisten.

Das Regierungsoberleit, insbesondere die Weidenstraße, ist beliebter als sonst. Überall stehen distanzierende Gruppen; überall

spürt man den Willen zur Aktioität. Das gleiche Bild in den Arbeitervereinen, auf den Arbeitsämtern. Aber auch das weiß die verantwortungsbewußte Berliner Arbeiterkraft: daß im Augenblick vor allem eines notwendig ist: Disziplin! Jählohe Proportionsverhältnisse der Nazis siefen auf unruhigbaren Boden. Die Erkenntnis ist allgemein, daß im Augenblick der Generalangriff zur Waß am 31. Juli die beste Verteidigung gegen die Feinde der Arbeiterkraft und ihre braunrückigen Helfershelfer ist. Die drei Pfeile stehen in die Front des Gegners vor.

Die neue Kameradschaft

Eine neue große Kameradschaft ist im Werden: die Kameradschaft der Freien. Der Gruch „Freiheit“, in dem sich Betannte und Unbetannte, Sand- und Kopfsteiter, Männer und Frauen begeben, wirkt wie ein Band des gemeinsamen Willens. Auch vor der Unioertität, der Hochburg der Reaktion, hört man den Gruch, sieht man den erhabenen Arm. Nazijuden, deren schmutzverziertes Gesicht eine einzige Herausforderung darstellt, antworten mit pöbelhaften Auswürden, wie sie sie der Willenskraft für würdig zu halten scheinen. Die republikanischen Studenten haben einen anderen Begriff der Würde. Sie lassen sich nicht provozieren; auch sie werden für die Wahl.

Die Waffenschmiede

Belle-Alliance-Platz Ecke Lindenstraße ist im Laufe dieser erregten Tage zu einer „Ede der Republik“ geworden. Vom Dache des „Sozialdemokratischen Pressebüros“ weht die rote Fahne; vom „Borwärts“-Bübel herab grüßen die drei Pfeile das arbeitende Volk von Berlin. Aus den Rotationsmaschinen des „Borwärts“-Hauless fließen unablässig die Ströme der Zeitungen und Flugblätter, Ströme der Aufklärung über die wahren Verbrechen am Volkswohl. Die Parteibuchhandlung verkauft Stapel des geistigen Rüttelzuges; ungewöhnlich hart ist hier auch die Nachfrage nach roten Fahnen, Fahnen mit Freiheitsspiegeln. Die Genossenschaft unferen Freunden keine Sonntagsgeliegenheit. Sie wollen sie zeigen, für sie werden. Die Parole heißt das Feuer ihres Eifers: Kampf für die Rechte des Volkes! Kampf für Republik und Sozialismus! Kampf für die Freiheit! Ego.

Neuer „Angriff“-Prozeß

Der vom Berliner Polizeipräsident Dr. Weiß angeklagte Prozeß gegen die der Verleumdung beschuldigten verantwortlichen Redakteure des „Angriff“, Clippert und Krause, findet am 28. Juli vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I Berlin statt. Hauptgegenstand der Verhandlung bildet die Behauptung des „Angriff“, daß Dr. Weiß pflichtwidrig in bestimmten Spezialfällen verdortene Gläubiger gelendet habe und von diesen dafür entgeltlich worden ist.

Gronau gestartet

Am Freitagvormittag um 11 Uhr ist der Oceanflieger Wolfgang von Gronau von Litz (Westerland) aus zu seinem seit längerer Zeit vorbereiteten Fernflug nach Nordamerika gestartet. Als zweiter Pilot macht Oerd von Noth den Flug mit. Außerdem befinden sich ein Monteur und ein Funker an Bord. Der Flug führt in Etappen voraussichtlich bis an die amerikanische Westküste.

Stratosphärenflugzeug

In Paris wurde von der Firma Farman das von ihr konstruierte Stratosphärenflugzeug dem Direktor der technischen Abteilung des Luftfahrtministeriums vorgeführt. Das Flugzeug ist mit einem Motor von 380 PS. und mit drei verstellbaren Kompressoren ausgerüstet. Die Kompressoren können in 3000, 10 000 und 15 000 Meter Höhe in Betrieb gesetzt werden.

Massenvergiftung

In dem weifpölnischen Städtchen Margonin sind ungefähr 200 Personen nach dem Genuss von ansehnend nicht unterfuchtem Fleisch an Vergiftungserscheinungen erkrankt. Bei diesen der Erkrankten besteht Lebensgefahr.

17-jähriger Mörder

Vom Großen Augenberger Nürnberg wurde ein siebzehnjähriger Knack aus Hof wegen dreifachen Mordes zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

